

Das GRÜNE in der Bürgerschaft

Aus dem Landtag vom 12. Dezember 2012

Zur Übersicht und zu den Dokumenten: <http://gruenlink.de/el3>

Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses „Krankenhauskeime“

Am 18. November 2011 setzte die Bürgerschaft den Untersuchungsausschuss „Krankenhauskeime“ ein, dessen offizieller Name auch gleich die Aufgaben des Ausschusses beschreibt: „Aufklärung der Umstände der Infektionswelle und der Todesfälle von frühgeborenen Kindern auf der neonatologischen Intensivstation im Klinikum Bremen Mitte sowie der damit in Zusammenhang stehenden mutmaßlichen Missachtung von Vorschriften der Krankenhaushygiene, der Nichtbeachtung von Meldevorschriften sowie struktureller, personeller und organisatorischer Mängel hinsichtlich der Einhaltung von Hygienevorschriften und Notwendigkeiten und Möglichkeiten von Verbesserungen in diesem Bereich“. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Björn Fecker, Linda Neddermann und Jan Saffe vertraten die Grünen-Fraktion im Ausschuss. Björn Fecker war Obmann und stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses. Nun, ein Jahr später, wurde der Abschlussbericht vorgelegt und heute debattiert.



Björn Fecker betonte in der Debatte das Ziel der Grünen im Ausschuss: lückenlose Aufklärung ohne Rücksicht auf die politischen Machtverhältnisse. Ein Untersuchungsausschuss könne nur dann zum schärfsten Schwert werden, wenn es nicht nur ein Mittel der Opposition, sondern des gesamten Parlaments ist. Sein Fazit der Arbeit des Untersuchungsausschusses: „Wir haben Mängel an allen Ecken und Enden festgestellt. Wir wissen aber bis heute nicht, ob einer dieser Fehler – und wenn ja welcher – den Tod der Kinder verursacht hat.“ Wenn es schon nicht gelungen sei, die Ursache zu finden, sollte wenigstens sichergestellt werden, dass in Zukunft Maßnahmen greifen, die das Risiko deutlich minimieren. Wer von „keimfreien Kliniken“ spreche, habe auch nach 13 Monaten nichts verstanden.

Für die Zukunft sind aus grüner Sicht bedeutsam:

Die Frage der Transparenz, um die Kliniken nachhaltig aufzustellen. Künftig müsse entschieden werden, was öffentlich gemacht wird und was nicht, denn eine Skandalisierung eines jeden Keimauftritts hilft niemandem. Weiterhin dürfe sich der Staat nicht aus der Verantwortung für die kommunalen Kliniken stellen. Die Forderung des Ausschusses nach Aufstockung des medizinischen Personals ist hier ein richtiger Schritt. Und es bedarf einer Gesundheitsbehörde, die die GENO und die Kliniken inhaltlich begleitet.

Schließlich muss in den Krankenhäusern eine „Kultur des Hinsehens“ eingeführt werden. KollegInnen müssen ohne Konsequenzen für sich auf Missstände aufmerksam machen können.

Was noch?

CityTax-Gesetz geändert: Nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom Juli wird ab 2013 die Tourismusabgabe bei Übernachtungen im Land Bremen nicht mehr von Geschäftsreisenden erhoben. Die in diesem Jahr eingenommenen Gelder werden komplett rückabgewickelt.



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de

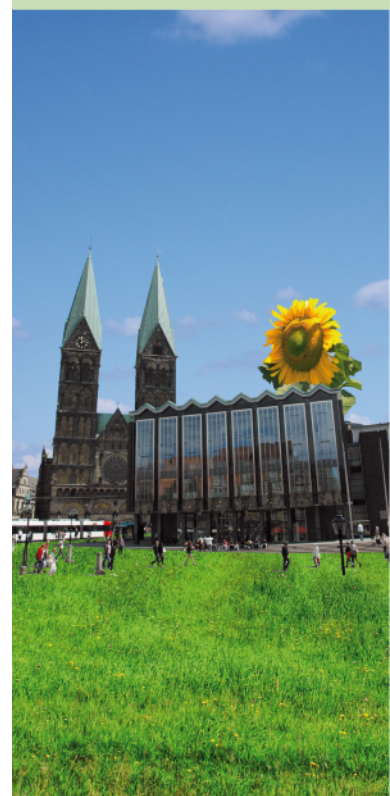
Verlängerte Lebensarbeitszeit erfordert angepasste Arbeitsbedingungen

Als Reaktion auf den demografischen Wandel – höhere Lebenserwartung, weniger Geburten – wurde die Lebensarbeitszeit verlängert. Seit dem 1. Januar 2012 wird die Altersgrenze, ab der eine Rente oder Pension bezogen werden kann, stufenweise auf 67 Jahre angehoben. Eine Große Anfrage mit dem Titel „Alternsgerechte Beschäftigung im öffentlichen Dienst“ widmete sich unter vielen Aspekten der Frage, wie sich die Beschäftigten und der öffentliche Dienst auf die Anforderungen einstellen, die sich daraus ergeben.



Hermann Kuhn, für den öffentlichen Dienst zuständig und Initiator der Großen Anfrage, forderte, in den kommenden Jahren eine Lösung für die Frage zu finden: Wie können wir im öffentlichen Dienst die Arbeitsbedingungen, die Arbeitszeiten, die Weiterbildung, die Gesundheitsfürsorge so gestalten, dass die Beschäftigten auch die Chance haben, die Altersgrenze gesund und leistungsfähig zu erreichen? Mögliche Antworten sind: Altersteilzeit, flexible Altersgrenze, Maßnahmen gegen monotone Arbeit, erhöhte Mobilität und ein gutes betriebliches Gesundheitsmanagement.

Die Grünen werden das Gespräch mit den Personalräten und Gewerkschaften über diese Probleme fortsetzen.



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de